

Büro Hans-Dietrich Genscher

Rede

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

anlässlich der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde

der Juristenfakultät der Universität Leipzig

am 6. Mai 2003 in Leipzig

Es gilt das gesprochene Wort!

Magnifizienz, Spektabilität, verehrte Mitglieder der Juristenfakultät der althehrwürdigen Universität Leipzig,
ich danke Ihnen, für die ehrenvolle und mich tief anrührende Entscheidung, mir die Ehrendoktorwürde der Juristenfakultät der Universität Leipzig zu verleihen. Mein Gruß gilt dem Oberbürgermeister der Olympia-Stadt Leipzig, den ich zu der Entscheidung des Nationalen Olympischen Komitees auf das Herzlichste beglückwünsche. Es war – ich will es offen bekennen – unter allen denkbaren Aspekten die mit Abstand beste der möglichen Entscheidungen. Herr Oberbürgermeister, Ihrer Stadt fühle ich mich fest verbunden. Das war auch in schweren Stunden der Fall. Am 4. Dezember 1943 wurde ich als 16-jähriger Luftwaffenhelfer in einer Flak-Stellung bei Leipzig-Engelsdorf Zeuge, wie Bomben große Teile der Stadt in Schutt und Asche legten. Meine Studienzeit an der Universität Leipzig wird mir unvergesslich bleiben. Mein Gruß gilt Ihnen, Herr Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, der Sie am morgigen Tage mit der Grundsteinlegung für die Europabrücke in Görlitz erneut ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Einheit Europas ablegen. Schon in Ihrem Buch „Kraft der Visionen“ haben Sie in dem Kapitel „Sachsen und Europa“ Ihr Bekenntnis zu Europa zum Ausdruck gebracht. Und in der Tat, Europa ist unsere Zukunft. Wir haben keine andere. Kein Volk ist so sehr mit dem Schicksal Europas verbunden, wie das deutsche, das Volk mit den meisten Nachbarn im Herzen Europas. Dieses Europa muss seinen Platz einnehmen in der entstehenden multipolaren Welt, die im Begriff ist, die bipolare Ordnung des kalten Krieges abzulösen. Unser Europa versteht sich dabei wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft als gleichberechtigter und engster Partner der nordamerikanischen Demokratien. Es gibt weder für Europa noch für die USA eine Beziehung zu anderen Regionen der Welt, die die transatlantische Partnerschaft ersetzen könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wir alle sind uns bewusst: Der Anlass unseres heutigen Zusammentreffens, die Ehrenpromotion durch die Juristenfakultät Leipzig, und die Vision eines einigen Europas wären nicht möglich gewesen, ohne die historische Leistung des Staatsmannes Michail Gorbatschow. Ihn möchte ich besonders herzlich begrüßen. Dass er, den ich heute meinen Freund nennen darf, die Festansprache gehalten hat, betrachte ich als eine besondere Ehre.

Die Rede von Michail Gorbatschow heute und die Grundsteinlegung für die Europabrücke in Görlitz morgen fallen zusammen mit zwei anderen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit, die eng mit dem Schicksal Europas und Deutschlands verbunden sind.

Gestern war es 13 Jahre her, dass am 5. Mai 1990 in Bonn die 2+4-Verhandlungen über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland eröffnet wurden. An dieser Sitzung nahmen für die damalige Sowjetunion Außenminister Schewardnadse, für die Vereinigten Staaten von Amerika Außenminister James Baker, für das Vereinigte Königreich Außenminister Douglas Hurd, für die Französische Republik Außenminister Roland Dumas teil. Die DDR wurde vertreten durch den ersten aus freier Wahl hervorgegangenen Außenminister, Markus Meckel. Ich war Gastgeber dieses ersten 2+4-Treffens als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Wer meine Herkunft und meinen Lebensweg kennt, wird verstehen, was die Eröffnung dieser Konferenz auch persönlich für mich bedeutete.

Morgen werden wir im Zusammenhang mit seinem 125. Geburtstag die Gedenktafel für den großen liberalen Staatsmannes Gustav Stresemann an dem Haus anbringen, in dem er in seiner Leipziger Zeit gewohnt hat. Er war für mich stets ein Vorbild in seiner europäischen Gesinnung, in dem Willen zur Aussöhnung mit Frankreich und in dem Bewusstsein und der Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schwer zu beschreiben, mit welcher Dankbarkeit ich heute die Ehrung durch die Juristenfakultät der altherwürdigen Universität Leipzig entgegennehme, der einzigen juristischen Fakultät in Deutschland, die sich „Juristenfakultät“ nennt. Sie steht in der wissenschaftlichen Tradition der Universität Leipzig, deren Entstehung am Anfang des 15. Jahrhunderts auf den Auszug deutscher und polnischer Professoren und Studenten aus Prag zurückging. Leipzig hat sich in seiner Geschichte schon seit langem als Stadt des Rechts verstanden. Nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kann die Stadt diese Tradition mit einer hervorragenden Juristenfakultät und als Sitz des Bundesverwaltungsgerichts, eines Senats des Bundesgerichtshofs und als Sitz des sächsischen Verfassungsgerichtshofes fortführen. Leipzig ist die Stadt des Rechts, es ist die Stadt der Bücher und der Messen, sie ist die Stadt der Musik, sie fühlte sich stets als Stadt des Sportes, wie auch die Olympia-Bewerbung zeigt, und sie ist zum Symbol des Freiheitswillens der Deutschen geworden. So kann man in jeder Hinsicht Johann Wolfgang Goethe verstehen, wenn er von „seinem“ Leipzig schwärmt. Als Sohn der kleineren Schwesterstadt Halle, die nicht immer frei ist von Eifersucht auf die größere Schwester, kann ich das durchaus verstehen. Wenn das ein Hallenser sagt, zählt das doppelt. Die friedliche Freiheitsrevolution in der damaligen DDR im Jahr 1989 ist untrennbar verbunden mit den

Montagsdemonstrationen hier in Leipzig. Es war eine Zeit, in der – nicht zuletzt ausgelöst durch den revolutionären Ruf Michail Gorbatschows nach Glasnost und Perestrojka – überall im sowjetischen Machtbereich der Wille zu Freiheit und Demokratie laut wurde. Die Freiheitsdemonstrationen hier in Leipzig und in vielen Orten der damaligen DDR und in ganz Mittel- und Osteuropa veränderten nicht nur Europa, sondern die ganze Welt. Mit guten Gründen kann man im Blick auf die historische Leistung Michail Gorbatschows und auf die vielen, vielen hier in Leipzig und überall im damaligen sowjetischen Machtbereich sagen: Die Mauer wurde vom Osten her zum Einsturz gebracht. Dass dies auch in der DDR geschah, und besonders eindrucksvoll hier in Leipzig, macht es allen Deutschen möglich, heute festzustellen: 1989, als es in Europa um Freiheit und Demokratie ging, waren auch Deutsche dabei – und das in allervorderster Linie. Es war nach der Revolution von 1848/9, die ihre Ziele nicht erreichen konnte, es war nach 1918 und nach dem 17. Juni 1953 die erste gelungene Freiheitsrevolution in Deutschland. Das hat alle Deutschen in einem ganz ideellen Sinne reicher gemacht. Deshalb ist auch niemand mit leeren Händen in das vereinte Deutschland gekommen. Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland kamen mit einer lebendigen Demokratie und mit einer erfolgreichen Wirtschaftsordnung. Die Deutschen aus der damaligen DDR kamen mit dem Kostbarsten, nämlich selbst und friedlich errungener Freiheit. Kleinmütig und beschämend erscheinen mir noch heute diejenigen, die sich nach der Vereinigung dem Versuch entgegenstellten, Leipzig wiederum zur Stadt des Rechts für das ganze Deutschland zu machen. Es wäre ein wichtiger Beitrag zur inneren Vereinigung und zur geschichtlichen Würdigung des Freiheitswillens der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gewesen und es hätte Geschichtsbewusstsein ausgedrückt, wenn auch das Bundesverfassungsgericht hier seinen Platz hätte nehmen können. Alle Mahnungen zur Flexibilität, Mobilität und alle Warnungen vor den Folgen eines überzogenen Besitzstandsdenkens klingen heute ziemlich hohl, wenn man bedenkt, mit welchen Argumenten damals dagegen argumentiert wurde.

Meine Damen und Herren, wenn ich zurückdenke an meine Studentenzeit, zunächst in Halle, dann hier in Leipzig, dann liegt mir daran, die Wurzeln der Freiheitsrevolution von 1989 bis zu ihrem Anbeginn, zunächst von 1945 bis 1949 in der sowjetischen Besatzungszone, und später von 1949 bis 1989, in der DDR zurückzuverfolgen. Nach der Befreiung Leipzigs vom Faschismus durch amerikanische Truppen am 20. April 1945 ging es hier wie überall in Deutschland um den Neuaufbau demokratischer Strukturen. Diese Bemühungen setzten sich auch fort, nachdem am 1. Juli 1945, den Vereinbarungen der Alliierten folgend, die

sowjetische Besatzungszone um die Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erweitert wurde. Sehr bald begann an den Hochschulen der Kampf um wissenschaftliche und politische Freiheit. Hier in Leipzig wurden der Vorsitzende der liberalen Hochschulgruppe und des Studentenrates Wolfgang Natonek – selbst ein Verfolgter Hitlers – und seine Mitstreiter zum Vorbild für eine ganze Studentengeneration. Wolfgang Natonek wurde für viele Jahre im Gefängnis festgehalten. Viele seiner Mitstreiter teilten sein Schicksal. Einer von ihnen, Dr. Günther Kröber, der 1946 als jüngster Abgeordneter für die liberaldemokratische Partei in den sächsischen Landtag eingezogen war, ist heute unter uns. Unter uns ist auch Peter Menke-Glückert, wie Günther Kröber ein Mitstreiter Wolfgang Natoneks. Sein im Dritten Reich verfolgter Vater hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg besondere Verdienste um den Erhalt der Juristenfakultät erworben. Er war es, der nach 1945 als Staatssekretär für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der zunächst provisorischen Landesverwaltung und der späteren Landesregierung mit Erfolg bei Marschall Schukow die Wiedereröffnung der Leipziger Universität und die Erhaltung der Juristenfakultät als Teil der Universität durch SMAD-Befehl Nr. 12 erreichen konnte. Und das, nachdem zunächst die Absicht bestand, die juristische Ausbildung aus dem universitären Bereich herauszunehmen.

Am 17. Juni 1953 gehörte Leipzig bei den Arbeiteraufständen zu den Orten, in denen die Stimme der Freiheit laut erhoben wurde. Meine Damen und Herren, wir dürfen diese Wegmarken deutscher Freiheitsgeschichte nicht vergessen, wenn wir auch in Zukunft aus dem Grundverständnis einer freiheitlichen Gesellschaft handeln wollen, das das Grundgesetz in seinem Artikel 1 so formuliert hat: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, was bedeutet: jedes Menschen.

Als ich im Wintersemester 1948/9 zu meinem sechsten Studiensemester von der Martin-Luther-Universität Halle nach Leipzig kam, übten die großen Namen der Fakultät ihre Anziehungskraft aus. Ich nenne hier vor allem Artur Nikisch, Erwin Jacobi, Hans-Otto de Boor und Werner Weber. Es war gewiss eine Laune des Schicksals, aber ich nahm es als gutes Vorzeichen, dass ich im Herbst 1949 bei der Einteilung in die Gruppen für den abschließenden mündlichen Teil des Referendarexamens zu denen gehörte, die ihr Examen am 5. Oktober 1949, also zwei Tage vor Gründung der DDR, ablegten. Zur mündlichen Kommission gehörten übrigens Erwin Jacobi und Artur Nikisch.

Wenn ich nun schon von meinem Examen spreche, wird man mir nachsehen, wenn ich auch heute noch gern auf den Umstand hinweise, dass ich zu den wenigen deutschen Juristen gehöre, die von sich behaupten können, sie hätten die Klausurarbeiten für die Erste Juristische Staatsprüfung in den Räumen des Reichsgerichts geschrieben. Mangels anderer Räume wurden die Sitzungsräume im unbeschädigten Teil des Reichsgerichts für Prüfungszwecke genutzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und vor allem verehrte Mitglieder der Juristenfakultät, die Begründung der Verleihung für die Ehrendoktorwürde nimmt auf den 2+4-Vertrag vom 12. September 1990 Bezug. Dieser Vertrag bestätigt völkerrechtlich den Verfassungsauftrag der Präambel unseres Grundgesetzes, die „nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied im vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“ Der Vertrag machte den Weg frei für den Vollzug der deutschen Einheit zum 3. Oktober 1990. Er würdigt die Entscheidung des deutschen Volkes, gleichberechtigt in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Die Prinzipien, zu denen sich der Vertrag bekennt oder auf die er Bezug nimmt, lesen sich wie eine Magna Charta für die Einigung des ganzen Europas und für die Herbeiführung einer gerechten Weltordnung nach dem Ende des kalten Krieges.

War es Aufgabe europäischer und vor allem deutscher Staatskunst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen, den freien Teil Europas zu einen und den Ost-West-Gegensatz friedlich zu überwinden, so geht es nun nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit und nach der Überwindung der Spaltung Europas darum, das ganze Europa zusammenzuführen und mitzuwirken beim Bau einer auf Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit gegründeten Weltordnung. Die Unterzeichnerstaaten des 2+4-Vertrages verpflichteten sich in dem Dokument erneut auf die Charta der Vereinten Nationen, auf Gleichberechtigung und auf Selbstbestimmung der Völker. Sie verpflichteten sich auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung. Artikel 2 ist die Charta für die Zukunftsverantwortung Deutschlands. Es heißt dort: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“ Diese Feststellung bleibt und sie bedeutet, dass Veränderungen in der

globalen Entwicklung nur durch eine Änderung der Charta der Vereinten Nationen, das Handeln der Bundesrepublik Deutschland bestimmen können. Ich habe diese feierliche Versicherung im 2+4-Vertrag bei der für mich unvergesslichen Unterzeichnung am 12. September 1990 in Moskau stets mit der Hoffnung verbunden, dass ihre Grundsätze von der Gleichberechtigung der Völker zur Maxime für die Entwicklung einer neuen Weltordnung werden möge. Ich hegte und ich hege keinen Zweifel, weder damals noch heute, das die Mitunterzeichner das Dokument genauso verstanden haben wie ich. Ich möchte darin ausdrücklich Lothar de Maizière, der als Ministerpräsident in Personalunion mit dem Amt des Außenministers die Unterschrift für die DDR leistete, einbeziehen. Michail Gorbatschow, der bei der Unterzeichnung durch die Außenminister anwesend war, sah diese Verpflichtung, wie ich aus dem Gespräch weiß, das wir unmittelbar nach der Unterzeichnung führten, genauso wie ich. Wie sehr damals alle Völker des KSZE-Prozesses von gleichen Überzeugungen bestimmt waren, unterstreicht die Charta von Paris. Sie trägt den bitteren geschichtlichen Erfahrungen Rechnung, die die Völker der Welt im Laufe der Menschheitsgeschichte mit dem Streben nach Vorherrschaft und Überlegenheit gemacht haben. Der grundlegende Artikel unserer Verfassung, der von der Würde jedes Menschen unserer Welt handelt, findet seine Entsprechung für die Völker der Welt in der Forderung nach Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Staaten, mögen sie klein oder groß sein. Im Prozess der europäischen Einigung hat die Anerkennung dieses Prinzips die Entwicklung einer neuen Kultur des Zusammenlebens der europäischen Völker, der großen und der kleinen, und die Überwindung von Vorurteilen im Rahmen der Europäischen Union ermöglicht. Diese historische Erfahrung gilt es einzubringen in die Entwicklung einer neuen Weltordnung, in der die Kraft des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren maßgeblich sein soll. Es soll eine Ordnung sein, die von allen Völkern der Welt, groß oder klein, ob sie auf der nördlichen oder auf der südlichen Halbkugel leben, als gerecht empfunden werden kann.

Michail Gorbatschow, der Festredner des heutigen Tages, hat die Bedeutung einer gerechten Weltordnung frühzeitig erkannt. Vor dem Forum der Welt, der Vollversammlung der Vereinten Nationen, erklärte er am 7. Dezember 1988: „Im Weltgeschehen ist tatsächlich eine Wende angebrochen.“ Damals sprach er über die neuen globalen Herausforderungen. Er würdigte das Streben der Völker nach Unabhängigkeit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Er sprach vom Überleben und der Selbsterhaltung der Menschheit. Er forderte, dass auch die Weltpolitik durch die Priorität der gesamt menschlichen Werte bestimmt werden müsse. Das war eine andere Sprache, als wir sie von seinen Vorgängern kannten. Es war auch

eine andere Sprache, als manche Repräsentanten der westlichen Staatengemeinschaft sie benutzten. Hier sprach ein Mann, der sich der globalen Verantwortung bewusst war, die wir alle für die Zukunft der Menschheit tragen. Er sprach ganz im Sinne von Hans Jonas, des großen deutsch-amerikanischen Philosophen, der in den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts Deutschland hatte verlassen müssen. Er hat uns mit seinem Buch „Prinzip Verantwortung“ unsere Verantwortung über den Tag hinaus für die Zukunft der Menschheit bewusst gemacht.

Hier in Leipzig in der Juristenfakultät ist mir von meinen akademischen Lehrern die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten immer wieder als die Grundlage freien Bürgerhandelns erläutert worden. Das ist eine Haltung, die Vorurteile nicht duldet. Es ist eine Haltung, die den Zusammenstoß der Kulturen schon deshalb nicht für unausweichlich halten kann, weil sie von der Ebenbürtigkeit der Kulturen ausgeht. Hans Küng hat zutreffend festgestellt, die Grundelemente des Kant'schen Friedensverständnisses sind in den schriftlichen Zeugnissen aller Weltreligionen zu finden. Wir werden eine solche Gesinnung brauchen, wenn wir eine stabile, allseits akzeptierte Weltordnung der Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit schaffen wollen. Europa muss seine geschichtlichen Erfahrungen einbringen, um jene Kultur des Zusammenlebens weltweit möglich zu machen, die für uns innerhalb der Europäischen Union zur Realität geworden ist. Eine Realität, die auch durch die Meinungsverschiedenheiten dieser Tage nicht erschüttert werden kann. Christa Wolff stellt in einer ihrer Schriften fest: „Wann der Krieg beginnt, das weiß man.“ Und sie fragt: „Aber wann beginnt der Vorkrieg?“ Man möchte die Frage hinzufügen: „Wo beginnt der Vorkrieg?“ Er beginnt in den Hirnen und Herzen der Menschen, dort wo die Vorurteile sich einnisten. Deshalb ist es so wichtig, nicht nur für das eigene Volk, sondern auch im Verhältnis zu den Menschen aller anderen Völker, den alles überragenden Artikel 1 unseres Grundgesetzes zu achten, der – ich wiederhole es – lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ was die Würde jedes Menschen meint, unabhängig von Überzeugungen, von Volks- oder Staatszugehörigkeit, von religiösem Bekenntnis oder von Hautfarbe. Die Verpflichtung des vereinten Deutschlands im 2+4-Vertrag auf unsere Verfassung und auf die Charta der Vereinten Nationen habe ich stets als Ausdruck unserer historischen Verantwortung nach einer wechselvollen Geschichte und nach der Nacht des Faschismus verstanden. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, dass nichts, aber auch gar nichts unser Volk von dem damit beschrittenen Wege abbringen möge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Geduld und ich danke der Juristenfakultät Leipzig für die Ehre, die sie mir heute erwiesen hat.